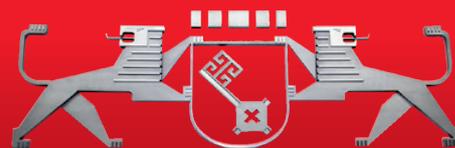


# PARLAMENTSTICKER

AUS DER STADTBÜRGERSCHAFT | 16. NOVEMBER 2021



Visualisierung: ravens-architekten/Archisurf

So könnte die Obernstraße nach einer Verlegung der Straßenbahn in die Martinistraße künftig aussehen – und deutlich mehr Aufenthaltsqualität bieten. Die Machbarkeit soll nun schnell untersucht werden, forderten SPD-Fraktion, SPD-Landesorganisation und der Unterbezirk Bremen-Stadt in einem gemeinsamen Positionspapier.

## BÜRGERSCHAFT DEBATTIERT MÖGLICHE VERLEGUNG DER STRASSENBAHN

Die Bürgerschaft hat heute über die Zukunft der Innenstadt diskutiert. Im Fokus stand dabei die Gestaltung der Obernstraße und eine mögliche Verlegung der Straßenbahn in die Martinistraße. Die verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Anja Schiemann, begrüßte, dass eine Machbarkeitsstudie über eine solche Verlegung in der „Strategie Centrum Bremen 2030+“ vorgesehen ist, die Senat und Handelskammer gemeinsam erarbeitet hatten und machte deutlich, dass dies aus Sicht der sozialdemokratischen Fraktion zu einer attraktiveren Innenstadt beitragen könnte.

„Wenn wir die Innenstadt weg von einer reinen Konsumzone hin zu einem Ort des Erlebens und der Aufenthaltsqualität mit vielfältigen Angeboten entwickeln wollen, bedarf es eines Paradigmenwechsels“, sagte Schiemann in ihrer Rede und betonte: „Sowohl die beiden Innenstadt-Gipfel als auch das vor vier Wochen von Senat und Handelskammer vorgestellte Innenstadtkonzept ‚Strategie Centrum Bremen 2030+‘ zeigen dabei hervorragende Ansätze für eine höhere Attraktivität und stärkere Durchmischung der Innenstadt auf und schaffen damit eine gute Ausgangsposition für die zukünftige Gestaltung.“



Anja Schiemann

Die Obernstraße sei aus Sicht der SPD-Fraktion als Kern der lebendigen und historisch hochattraktiven

Innenstadt von zentraler Bedeutung – und eine nachhaltige Aufwertung des gesamten City-Bereiches inklusive Brill, Domsheide, Martinistraße und Schlachte hänge auch und ganz wesentlich von einer guten Entwicklung der Obernstraße ab. Schiemann: „Nur mit einer attraktiven Obernstraße, die ausreichend Platz für gastronomische und sonstige freizeitbezogene aufenthaltssteigernde Angebote aufweist, werden auch die angrenzenden Straßen und Plätze einen Mehrwert entwickeln können.“

Aus Sicht der SPD-Fraktion wäre eine Verlegung der Straßenbahn aus der Obern- in die Martinistraße daher ein logischer Schritt hin zu mehr Aufenthaltsqualität und einer fußgängerfreundlichen Innenstadt. „Wir wollen eine Innenstadt, die mit einer weitläufigen Fußgängerzone zum Flanieren, Verweilen und Erleben einlädt“, führte die Sozialdemokratin aus.

Eine solche Verlegung sei aber kein Selbstzweck, denn das Herzstück der Innenstadt

müsse auch weiterhin gut und barrierefrei mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein.

„Um nicht in Zukunft von einem Mythos der verpassten Chancen bezüglich der Innenstadtgestaltung verfolgt zu werden, geht auch nach unserer Auffassung bezüglich einer Straßenbahnverlegung kein Weg an einer Prüfung der Machbarkeit unter Darlegung von Kosten- und Zeiterfordernis vorbei“, sagte Schiemann. Insofern begrüße die SPD-Fraktion den in der „Strategie Centrum Bremen 2030+“ erzielten Konsens für die Beauftragung einer entsprechenden Machbarkeitsstudie, die eine solche Verlegung grundlegend prüft. Die SPD-Fraktion hatte in einem gemeinsamen Positionspapier mit Landesorganisation und dem Unterbezirk Bremen-Stadt diese Haltung unterstrichen und eine schnelle Umsetzung gefordert. Der heute debattierte Antrag der CDU, der eine solche Untersuchung fordert, sei daher nicht notwendig, betonte Schiemann abschließend.

## WAGNER FORDERT VERBESSERUNGEN BEI WOHNUNGSGELDSTELLE

**Wie schnell wird in Bremen Wohnungsgeld an die Berechtigten ausgezahlt? Das war das Thema einer Großen Anfrage der CDU-Fraktion, die heute in der Bürgerschaft debattiert wurde. „Die Lage kann nicht zufriedenstellen, und so kann es nicht weitergehen“, kritisierte auch Falk Wagner, Sprecher für Bau und Wohnen der SPD-Fraktion. In seiner Rede benannte er aber auch, mit welchen Ansätzen sich die Probleme aus seiner Sicht lösen ließen – und verwies darauf, dass die Koalitionsfraktionen in ihren Haushaltsberatungen zusätzliches Personal eingeplant haben.**

Das Wohnungsgeld, so erklärte der Sozialdemokrat, sei für die Anspruchsberechtigten ein soziales Recht und eine vorgelagerte Sozialleistung, die den Bezug von Grundsicherung verhindern solle. „Wir reden von Menschen, die nicht die Monate überbrücken und entspannt auf die große Nachzahlung warten können. Das Wohnungsgeld kann Menschen nicht helfen als rückwirkende Zahlung, es kann nur helfen, wenn es auch kurzfristig bewilligt und gezahlt wird“, sagte Wagner. „Vier, sechs oder vielleicht auch noch acht Wochen bis zur Bearbeitung sind vielleicht noch akzeptabel – sieben Monate bis mit der Bearbeitung begonnen wird, ist bar jeder Diskussion!“



Falk Wagner

Dabei sei deutlich das Bemühen der Mitarbeiter:innen zu erkennen – etwa daran, dass während des ersten Lockdowns ein Rückstau abgearbeitet worden sei. Es sei aber auch

erkennbar, dass diese unter Bedingungen arbeiteten, die immer wieder Rückschläge produzierten. Als Beispiele nannte Wagner die hohe Personalfuktuation in der entsprechenden Abteilung oder auch, dass es immer wieder Gesetzesnovellen gegeben habe – zuletzt eine, die den Kreis der Berechtigten ausgeweitet habe. Unglaublich sei jedoch, dass dabei bereits bewilligte Bescheide neu erteilt werden mussten – und dies nicht über eine Software, sondern per Hand erfolgt ist. „Das“, so machte Wagner deutlich, „darf es so nie wieder geben!“

Diese Fehler aus der Vergangenheit nachzuvollziehen, sei eine notwendige Bedingung für eine Besserung, so Wagner weiter. „Es ist für die leistungsberechtigten Bürger:innen noch keine materielle Hilfe, wenn Besserung in Sicht ist, sondern wenn der Rückstau abgearbeitet und Bescheide wieder wenige Wochen nach Einreichen eines vollständigen Antrags erteilt werden. Und für uns als Sozialdemokraten gebietet der Respekt vor den leistungsberechtigten Bürger:innen, dass die Behörde das Problem als drängend

identifiziert, Entschlossenheit im Handeln zeigt und die Bewilligungsdauer auf die Höhe der Zeit bringt, die es braucht, um Hilfe zu gewährleisten.“

Lösungsansätze sind aus Wagners Sicht unter anderem eine Digitalisierung der Anträge und die Automatisierung von Neubewilligungen von Amts wegen. Zudem sprach sich Wagner für eine Vereinfachung der Anträge aus. Und schließlich forderte er, die Wohnungsgeldstelle durch Personalvorsorge robuster aufzustellen. Wie bei jeder guten Fluglinie müsse überbucht werden – damit am Ende auch alle Plätze tatsächlich belegt seien.

Wagner abschließend: „Ich bin froh, dass wir als Koalition Handlungsfähigkeit bewiesen und zusätzliche Stellen bereitgestellt haben. Damit wollen wir überbrücken und die Zeit geben, die Prozesse im Zuge des kommenden Doppelhaushaltes vernünftig aufzustellen. Wir erwarten aber auch, dass diese Überbrückungshilfe genutzt wird für eine Personalsteuerung, die die nötige Flexibilität aufweist.“